



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/9 - 12.1.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Französisch-russische Annäherung ?	S. 1
Die USA - England und der Mittelosten	S. 3
Der EWG-Nationalismus	S. 5

Paris in Berlin

(sp) Es mehren sich die Anzeichen, daß Frankreich in Berlin bemüht sein wird, eine Sonderrolle zu spielen. Das heißt nicht, daß es die Front der Westmächte zu sprengen beabsichtigt. Aber es hat offenbar den Wunsch, die ziemlich allgemeine Auffassung vom gesunkenen französischen Ansehen und Gewicht innerhalb der Gruppe der drei führenden Westmächte bei dieser Gelegenheit zu korrigieren.

Diese Sonderrolle soll, so besagen verschiedene Informationen, vor allem in einer gewissen Bereitschaft bestehen, für sowjetische Vorstellungen mehr Verständnis zu zeigen als es die übrigen Westmächte aufbringen wollen. Für die offizielle USA-Politik will das nicht viel besagen, für Großbritannien, soweit es durch Churchill repräsentiert wird, schon einiges. Wie das geschehen soll, darüber gehen die Meinungen ziemlich auseinander. Pariser Berichte einer über französische Absichten meist recht gut unterrichteten südwestdeutschen Zeitung wollen wissen, daß zwischen dem französischen Außenministerium und der Sowjetbotschaft in Paris eifrig über ein Kompromiß in Richtung auf Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und der jetzigen Saar-Grenze verhandelt wird. Auch spielten angeblich Pläne eine Rolle, die auf die

Beibehaltung der Spaltung Deutschlands oder auch auf einer Neutralisierung ganz Deutschlands hinauslaufen, die in Paris großen Anklang fänden. In allem aber sei der Wille spürbar, eine eigene französische Politik zu entwickeln, um auf diese Weise wieder selbständiger zu werden oder doch den Preis für die Zustimmung der Politik der "höheren Weisung" auf der Ebene Washingtons etwas hochzutreiben.

Die psychologische Bereitschaft in Frankreich ist Moskau willkommen - wenn sie nicht direkt von dort erzeugt und genährt wurde. Der sowjetische Hohe Kommissar Semjonow hatte, wie man sich erinnert, nach einem längeren Moskauer Informationsaufenthalt nach seiner Rückkehr nach Berlin nichts eiligeres zu tun als den dort gerade anwesenden französischen Hochkommissar zu besuchen, und es wird bezweifelt, daß es sich dabei wirklich, wie man offiziell sagte, nur um einen Akt der Höflichkeit gehandelt hat.

Es fällt in diesem Zusammenhang auch auf, daß noch vor der Berliner Konferenz eine französische Abordnung zu Wirtschaftsverhandlungen nach Moskau fliegen soll und daß vorher die "Prawda" einen massiven Anbiederungsversuch in Paris unternommen hatte.

In diesem zunächst einmal mehr angedeuteten als schon effektiven Zusammenspiel liegt eine Gefahr und eine Chance. Zunächst die Gefahr einer speziellen engeren französisch-sowjetischen Zusammenarbeit (wie sie Daladier soeben proklamiert hat), die sich de facto gegen einen allgemeinen west-östlichen Ausgleich richten könnte, und zwar auf der Basis der fortdauernden Spaltung Deutschlands. François-Poncet hat zwar kürzlich erst in Berlin erklärt, ein geteiltes Deutschland sei nach französischer Ansicht für das Wohlergehen Europas ungesund und schädlich. Aber, um den Einwand etwas kurz und grob vorzubringen: Hätte er das Gegenteil versichern können?

Dann aber hat ein solcher engerer französisch-sowjetischer Kontakt auch die Chance (im Sinne der "unendlichen Geduld", die Bidault als französische Absicht für Berlin verkündet hat), daß über ein richtig verstandenes französisches Interesse die praktische, dauerhafte und friedliche Beziehung des Westens zum Osten hergestellt wird, der heute noch so viele, zum Teil künstlich aufgerichtete Hindernisse entgegenstehen. Hier würde Paris sicher auf aufrichtige Unterstützung besonders von britischer Seite rechnen können.

Welchen Weg die französische Politik gehen wird, den des ehrlichen Maklers, des Pioniers beim Brückenschlag zwischen Ost und West, ohne antideutsche Voreingenommenheit oder den des Einzelgängers des Westens auf gefährlichem Pfad - das wird eine der ernstesten Entscheidungen von Berlin werden.

+ + +

Westliche Rivalität im Orient

E.F.-Tel Aviv, Mitte Januar

Der Beginn dieses Jahres steht im Zeichen deutlicher Gegensätze und verschärfter Rivalität Englands und der USA im Nahen Osten. An sich sind sich beide Länder darüber einig, daß alles versucht werden soll, um dieses weltpolitisch noch nicht endgültig festgelagte Gebiet für die Sache der westlichen Welt zu gewinnen, doch gehen die Meinungen über die Wege zu diesem Ziel weit auseinander.

Nach dem ersten Weltkriege waren die Engländer die führende Macht im Orient, und ihr Traum war es, einen halbselbständigen Bezirk zu entwickeln, in dem sie möglichst mit indirekten Mitteln die Herrschaft ausüben können. Ihre Pläne scheiterten daran, daß die nationalistischen Tendenzen im Nahen Osten viel stärker waren, als sie je vermutet hätten. Heute sind nur geringe Reste der britischen Herrschaft zurückgeblieben, und um die Wahrung der letzten Positionen führt London hartnäckige Rückzugsgefechte.

Die Amerikaner treten unter ganz anderen Bedingungen an diese Weltgegend heran. Sie sind von imperialistischer Vergangenheit unbelastet. Ebenso wie seinerzeit der amerikanische Botschafter in Teheran die Politik Englands und der anglo-iranischen Ölgesellschaft kritisiert hatte, steht heute der amerikanische Botschafter in Kairo, Jefferson Caffery, den Engländern ablehnend gegenüber. Seine politische Aktivität führte dazu, daß Churchill und Eden bei der Konferenz auf Bermuda diesen amerikanischen Diplomaten offener antibritischer Haltung beschuldigten.

Heute beherrschen folgende Ideen die amerikanische Politik im Nahen Osten:

1. Die Amerikaner wollen Ägypten für sich gewinnen, weil sie damit den ganzen Nahen Osten auf ihre Seite herüberziehen glauben zu können.
2. Sie wollen einen Verteidigungsgürtel längs der russischen Südgrenze schaffen, der sich von der Türkei über den Irak und Persien bis nach Pakistan hinziehen soll.

Diese Bestrebungen haben die USA sowohl mit England wie mit

Teilen der arabischen Welt wie schließlich auch mit Indien in Konflikt gebracht, und bis heute läßt sich nicht sagen, ob Chancen für die Verwirklichung der amerikanischen Pläne bestehen.

Gegenüber England gibt es amerikanische Zusagen, daß Washington der Regierung von Kairo keine Waffenhilfe gewähren soll, solange der Konflikt zwischen England und Ägypten nicht gelöst ist. Die Amerikaner hielten sich zwar bis Ende 1953 an diese Zusagen, deuteten aber jetzt an, daß sie Naguib militärisch und wirtschaftlich auch ohne britische Zustimmung unterstützen wollten. Schärfste Kritik der Engländer war die Folge.

Über den Plan eines Verteidigungsgürtels von der Türkei bis Pakistan sickerten mehrfach Nachrichten durch, und nach Meldungen aus Bagdad war die Regierung des Irak bereit, sich solchen Blocks unter westlicher Führung anzuschließen. Dies trug ihr eine scharfe ägyptische Intervention ein, da Ägypten strikt dagegen ist, daß ein arabischer Staat sich politisch oder militärisch mit dem Westen verbindet, bevor der Suezkonflikt seine Lösung findet. Die Regierung des Irak dementierte unter ägyptischem Druck die Block-Pläne, aber alle Korrespondenten im Orient waren sich darüber einig, daß weiter grundlegende politische Gegensätze zwischen Bagdad und Kairo bestehen.

Die größte Erregung riefen die Versuche amerikanischer Einflußnahme in Pakistan hervor. Diese sah England nicht gern, weil Pakistan immerhin ein Teil des britischen Weltreichs ist, und der schon genügend geschwächte Einfluß des "Mutterlandes" würde durch die Zusammenarbeit mit den USA noch weiter sinken. Noch mehr erregt war der indische Ministerpräsident Nehru. Dieser möchte einerseits den südasiatischen Raum neutral halten, außerdem fürchtet er, daß Pakistan militärisch zu stark wird und dann seinen Druck im immer noch unkämpften Gebiet von Kaschmir verstärken kann.

So geriet der ganze Nahe und Mittlere Osten gerade in letzter Zeit in Bewegung, und der neue amerikanische Vorstoß traf auf entschiedene Geynerschaft der verbündeten Engländer und des neutralen Nehru, der seine Parole "Asien den Asiaten" gefährdet sieht. Es läßt sich keineswegs sagen, welche der beiden politischen Auffassungen sich durchsetzen wird. Die Amerikaner, obwohl sie sich vom alten Kolonialimperialismus fernhalten und nur als die Freunde der asiatischen Völker auftreten wollen, haben genügend Rückschläge erlitten und stoßen auf reichliches Mißtrauen.

Das Amt Blank und die Wiedervereinigung

K.G. Das liebe deutsche Vaterland muß endlich wieder eins werden. Natürlich sind alle dafür.

Aber manchmal ist doch der Zweifel berechtigt. Manchmal nämlich erhellen Randerscheinungen und Randbemerkungen einige Gedankengänge, die hinter den großen Worten liegen.

Ein kluger Mann hat ja einmal gesagt, Worte seien dazu da, die Gedanken zu verbergen. Nun zur Sache: Da trifft sich die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände mit der Dienststelle Blank, um Probleme der Kriegsdienstverweigerung zu diskutieren.

Im Verlaufe des Gespräches gibt der offizielle Vertreter des Amtes Blank, Herr Ministerialdirigent Dr. Barth, kund: Trotz des großen Respektes vor echten Gewissensgründen sei der Gedanke der politischen Kriegsdienstverweigerungs-Begründung abzulehnen. Er öffne der Drückebergerei Tür und Tor, außerdem sei es ein überholter, nationalistischer Standpunkt, zu glauben, bei einer etwaigen Auseinandersetzung zwischen Ost und West könne der Gesichtspunkt des "Auf den Bruder Schießenmüssens" eine Rolle spielen.

Es gibt in der Theorie jetzt schon einen EVG-Nationalismus, also ein Nationalismus auf höherer regionaler Ebene. EVG-Nationalismus bricht Nationalnationalismus. Wobei allerdings natürlich die Frage offen bleibt, ob ein Deutscher, der eben nicht auf Deutsche, das heißt unter anderem auch auf Freunde, Bekannte und enge Blutsverwandte, die jenseits des Eisernen Vorhanges wohnen und zum Kriegsdienst für die andere Seite gepreßt werden, schießen will, ein Nationalist ist, wie es die neue Sprachregelung des Amtes Blank besagt.

Das ist der erste ungeheuerliche Aspekt. Aber der zweite ist nicht weniger aufschlußreich.

Unterstellt eine solche Randbemerkung nicht von vornherein, daß die EVG und die Wiedervereinigung Deutschlands eine ziemlich unvereinbare Sache sind? Im Amt Blank, so scheint es, hat man generalstabsgründlich die Fronten schon abgesteckt.

Verantwortlich: Peter Raunau